



**Haushaltsrede von Oberbürgermeister Torsten Albig
zu den Haushaltsberatungen der Landeshauptstadt Kiel
am 15. Dezember 2011**

**–Haushalt 2012 –
Dokument einer stolzen Stadt**

**Donnerstag, 15. Dezember 2011
Ratsversammlung im Kieler Rathaus**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin, meine Damen und Herren,

einige Zahlen des Jahres 2012 am Beginn meiner Ausführungen:
690 Millionen Euro wollen wir im nächsten Jahr einnehmen, 754 Millionen müssen wir ausgeben. 64 Millionen Euro beträgt also unser Defizit. Für unsere Investitionen müssen wir 30,4 Millionen neue Kredite aufnehmen. 26 Millionen alte Kredite tilgen wir. Unsere Verschuldung steigt also um 4,5 Millionen Euro auf bald 419 Millionen an.

Als wir uns hier vor zwei Jahren im Dezember 2010 getroffen haben, gingen wir noch davon aus, dass uns das nächste Jahr 110 Millionen Euro Defizit bringt, wir 44 Millionen Kredit aufnehmen und dass wir uns um über 19 Millionen Euro neu verschulden müssten. Das Defizit konnten wir also um fast 42 Prozent senken. Die geplante Neuverschuldung sogar um über 76 Prozent.

Bis 2015 werden wir – nach unseren jetzigen Erkenntnissen – so weit sein, dass wir das Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit – also den Teil des Haushaltes, den wir selbst beeinflussen – fast ausgleichen können.

Sind diese Zahlen ein Grund, stolz zu sein? Sie sind ganz bestimmt ein deutliches Zeichen dafür, dass unsere Stadt haushälterisch auf dem richtigen Weg ist.

Weit vor 2020 können wir das begehrte Ziel erreichen, den Haushalt auszugleichen. Wir sehen das Ende des Neuverschuldungstunnels. Aber wir wissen auch: Haushalte von Städten sind im höchsten Maße volatil: eine Krise des Ausmaßes von 2007/2008 mit einbrechenden Steuereinnahmen, oder Land oder Bund, die sich erneut neue teure Ausgaben für die Kommunen ohne ausreichende Finanzierung ausdenken oder wieder einmal in unsere kommunalen Finanzen eingreifen – und unsere schönen Zahlen sind Makulatur.

Wir dürfen ein klein wenig zufrieden sein darauf, dass es uns gemeinsam noch besser als in der Vergangenheit gelungen ist, sorgsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürgern umzugehen und unseren Weg langsam aber sicher weg von dem Pfad der ständig höheren Verschuldung zu lenken. (Eine kleine Nebenbemerkung sei mir zu den aktuellen ziemlich lauten Tönen einiger unbekannter Stimmen aus dem Land erlaubt: Wenn die, die meinen, uns künftig besser überwachen zu müssen, nur halbwegs so konsequent sparsam wären, wie wir, dann wäre die Schrägheit ihrer Einmischung in unsere Angelegenheiten etwas besser erträglich – und auch überzeugender.)

Meine Damen und Herren,
meine Frage war, ob wir auf die Entwicklung unserer Zahlen stolz sein dürfen. Erlauben Sie mir, davor zu warnen, auf Zahlen stolz zu sein. Die Null ist kein Ziel von Politik – verfolgt man nur noch dieses, wird man schnell selbst zu einer.

Unser Haushalt – möglichst bald ausgeglichen – ist das Instrument und nicht das Ziel unseres Handelns. Er ist das in Zahlen gegossene Dokument unserer Bemühungen, Zukunft möglich zu machen.

Für die Kinder unserer Stadt, genauso wie für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die weit über das siebte Lebensjahrzehnt an unserer Stadt teilhaben wollen. Zukunft für die, deren Familien seit vielen Generationen aus Gaarden oder der Wik kommen, genauso wie für die, deren familiäre Wurzeln woanders in der Welt liegen, die aber hier bei uns zu Hause sind. Zukunft für die, die gesund und stark sind, genauso wie für die, die Beeinträchtigungen haben und auf unsere Hilfe angewiesen sind. Zukunft für die Handwerker und mittelständischen Unternehmen, die in unserer Stadt Arbeitsplätze schaffen wollen und damit ihrerseits für ihre Mitarbeiter Zukunft möglich machen. Eine Zukunft, in der die Kielerinnen und Kieler sich auf funktionierende Straßen, Brücken und Kanäle, genauso wie auf funktionierende Schul- und Sportgebäude oder ausreichende Kindergartenplätze verlassen können.

Ich sage das so bewusst zu Beginn der Debatten um unseren Haushalt, weil für die Bürgerinnen und Bürger, die uns verfolgen, sehr schnell der (oftmals viel zu aufgeregt wirkende) Streit über nackte Zahlen im Mittelpunkt unserer Auseinandersetzungen stehen könnte. Zahlen, die kaum einer derjenigen, die uns folgen, nachvollziehen kann.

Dabei ringen wir doch um die Wege unserer Stadt in die Zukunft. Denn die sind es, die uns stolz machen dürfen, wenn wir sie denn finden.

Es ist das große Privileg von Kommunalpolitik, dass sie diesen Weg des gemeinsamen Suchens in den Mittelpunkt ihres Tuns stellen darf. Sie muss nicht so tun, als sei sie ein Parlament. Als gäbe es hier Regierungs- und Oppositionsfraktionen. Sie muss sich nicht um ihrer selbst willen inszenieren.

Es gibt nur uns: die gemeinsame Verwaltung der Bürgerinnen und Bürger Kiels – Sie als gewählte Selbstverwaltung, ich und meine 4.949 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Hauptverwaltung. Und was uns gemeinsam antreiben sollte, ist der tief empfundene Stolz auf unsere Stadt und unser ungebrochener Wille, sie jeden Tag besser werden zu lassen. Und unser Wissen, dass nichts von dem, was wir tun, getan werden sollte, nur um eine Schlagzeile oder einen Umfragewert zu verbessern, sondern nur deshalb, weil wir überzeugt sind, dass es unsere Stadt stärker macht. Diese Überzeugung macht uns nicht frei von Fehlern, aber sie kann uns die Größe geben, nicht so zu tun, als seien wir es.

Nicht unsere Fehler sind ein Problem – nur die Unfähigkeit, aus ihnen gemeinsam zu lernen, wäre es.

Meine Damen und Herren,
gestatten Sie mir, diesen kommunalpolitischen Bericht zu nutzen, um Ihnen von unserer stolzen Stadt zu berichten. So, wie ich sie sehe. Es ist ein großes Glück, dass man als Oberbürgermeister fast jeden Tag die Menschen Kiels an den Orten und zu den Momenten trifft, an denen Kiel besser wird. Jeden Tag ein Stück.

Man erlebt natürlich auch Rückschläge – aber unsere Fortschritte sind unendlich viel mehr und viel stärker. Und sie sind überwiegend auch deshalb möglich, weil Sie heute mit ihren Beschlüssen die erneute Grundlage für die Zukunft unserer Stadt legen.

Wenn man gemeinsam mit einem faszinierenden Schulleiter wie Wolfgang Kerber den Grundstein legen darf für unser RBZ Technik in Gaarden, dann spürt man, warum es Sinn macht, sich mit der Kommunalaufsicht anzulegen, wenn diese glaubt, wir könnten uns so etwas nicht leisten. Herr Kerber

kämpft an seinem letzten Arbeitstag für sein Projekt, als stände er am Beginn seiner Karriere. Er gehört zu den Menschen, deren Stolz mich motiviert, Ihnen einen Haushalt vorzulegen.

Einen Haushalt, der auch auf Partnerschaften setzt, weil wir es gemeinsam besser schaffen, unseren Weg nach vorne zu gehen. Wenn uns unsere Kontrolleure meinen sagen zu müssen, dass diese Partnerschaften schlechte Schattenhaushalte seien, dann ist meine Antwort: Nein, das Gegenteil sind sie. Sie machen endlich transparent, was Bildung wirklich kostet. Eure Antworten haben unsere Schulen in den letzten Jahrzehnten verrotten lassen. Unsere partnerschaftlichen Antworten machen Bildung wieder stark. Wenn wir das schaffen, dann bin ich stolz.

Wenn ich die Frauen treffe, die in Kiel Kindertagesstätten leiten, dann macht mich das stolz. Stolz, zu erleben, mit welchem Einsatz jedes Kind angenommen wird, Zukunft nicht nur Sonntagsredenwort ist, sondern kleinen Menschen in ihre Hände gelegt wird. Sei es im Janusz-Korczak-Haus in Mettenhof, beim AWO-Kinderhaus in Suchsdorf oder in der Sonnenblumengruppe der St. Antonius-Kita in Elmschenhagen.

73 Millionen Euro werden wir in Kiel in 2012 an Betriebskosten für unsere Kindertageseinrichtungen ausgeben. Das sind 304 Euro für jede Kielerin und jeden Kieler. Sollen wir stolz sein auf diese große Zahl? Nein, stolz sollten wir sein auf die Menschen, die unsere Kinder stärker machen. Diesen Stolz dürfen wir übrigens gerne auch mal mitteilen. An zu viel Lob hat noch keine Seele Schaden genommen! Unser Haushalt macht diesen Stolz möglich.

Mein Stolz schwächelt, wenn ich die Investitionsliste anschau, die der Vorbericht enthält. Noch so viele Aufgaben warten auf uns. Noch so viel ist nicht getan. Aber wir werden nicht aufhören, bis wir für jedes Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, einen geschaffen haben, bis an jeder Ganztagschule eine Mensa steht, bis Sportunterricht in ordentlichen Hallen und Fachunterricht nicht mehr im miefigen Ambiente der 50er Jahre stattfindet. Wir gehen diesen Weg. Schritt für Schritt. Wir lassen uns von niemandem – wie wichtig er auch zu sein meint – davon abbringen.

Und wenn Frau Dr. Eckert einem voller Stolz ihre neue wunderschöne Mensa an ihrer Gemeinschaftsschule am Brook zeigt, dann weiß ich, warum dieser Weg richtig ist – auch wenn er für viele so lange scheint.

Wir wissen auch, dass nicht viel Raum für neue Wünsche ist. Die Prioritäten in unserem Haushalt sind klar beschrieben: Wir machen nur, was unsere Stadt stärker macht. Ganz oben steht Bildung, Bildung, Bildung.

Deshalb notwendige Kredite bedürfen, das wissen Sie alle nicht erst aus den Diskussionen über den Haushalt 2011, der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht.

Wenn wir aber alle ehrlich sind, wissen Sie und ich, dass Kreditaufnahmen und weiter wachsende Schulden in jedem Fall und ganz unabhängig von einer mehr oder weniger strengen Kommunalaufsicht auf die Dauer keine Lösung sind.

Wir alle hier sind nunmehr in der Pflicht, den offensichtlichen Konflikt zwischen notwendigen Investitionen in die Schulen und Infrastruktur unserer Stadt einerseits und eine dafür notwendige höhere Verschuldung andererseits, wenn schon nicht aufzulösen, so doch mindestens zu minimieren.

Wie gesagt, die Verwaltung hat dazu im Vorbericht ihre Überlegungen dargestellt. Erfolg oder Misserfolg dieser Strategie setzt aber, und hiermit meine ich uns alle hier im Saal, ein großes Maß an Ehrlichkeit und Disziplin voraus. Ehrlichkeit, weil es künftig nicht mehr um das Wünschenswerte, sondern nur noch um das unbedingt Notwendige gehen darf. Disziplin, um diese Ehrlichkeit auch bei starkem Gegenwind ganz egal in welchem Stadtteil, durchzuhalten.

Ich fand es vorbildlich, mit welcher Hingabe die Schulleitungen des Schulzentrums in Elmschenhagen um ihren Erfolg im Namen der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler gerungen haben – wie sie aber auch in der Lage waren, das Mögliche nicht als den Feind des Unmöglichen zu begreifen. Wir werden jetzt endlich 2012 in Elmschenhagen starten. Eltern und Schüler dürfen auf solche Schulleiter wie Herrn Landt-Hayen oder Herrn Tobinski stolz sein. Sie machen unsere Stadt besser.

Meine Damen und Herren,
Lassen Sie mich kurz das Stichwort „Bürgerbeteiligung“ aufgreifen. Es ist richtig, auch Schulbauprojekte breit zu diskutieren. Falsch ist es aber, wenn dadurch das Missverständnis entstünde, Bürgerbeteiligung hieße im Ergebnis, allen Begehrlichkeiten nachzugeben.

Selbstverständlich ist es für mich als Vater nachvollziehbar, dass Eltern für ihre Kinder eine bestmögliche Ausstattung wünschen. Selbstverständlich ist es nachvollziehbar, dass die Lehrerschaft unter optimalen pädagogischen Bedingungen unterrichten möchte. Und selbstverständlich auch nachvollziehbar ist die Erwartung, dass Schule in optisch ansprechenden Bauten stattfinden soll.

Und, seien wir ehrlich, wir alle möchten uns gerne loben lassen, wenn alle diese Wünsche und Erwartungen vollumfänglich realisiert werden.

Nur verantwortungsvoll ist das nicht!

Wir kommen nicht umhin, künftig alle miteinander in erster Linie nach Kompromissen zu suchen. Beteiligung muss der Weg hin zum besten Kompromiss sein – nicht zur Maximierung seines Einzelvorteils.

Es darf nicht dazu kommen, dass wir Standorte gegeneinander ausspielen, nach dem Motto „Wer am lautesten schreit, bekommt am meisten Geld!“

Schulentwicklungsplanung wird nach meiner Auffassung künftig sehr viel stärker unter Berücksichtigung verfügbarer Mittel betrieben werden müssen. Natürlich ist das unpopulär, aber es ist ehrlich und – bezogen auf gesamtstädtische Belange – meines Erachtens gerecht.

Um es platt zu formulieren: Nicht die Wünsche bestimmen das Budget, sondern das verfügbare Budget bestimmt den Umfang der Maßnahmen.

Zur „Bürgerbeteiligung“ gehört auch das Verständnis, dass Kiel ein Gemeinwesen ist, welches nur dann eine Zukunft hat, wenn nicht lediglich isoliert stadtteilbezogene Standpunkte vertreten werden. Innerhalb der Stadt darf es keine Konkurrenz und keinen Wettbewerb mit Gewinnern und Verlierern geben.

Es ist meine und Ihre Aufgabe, für ein richtiges Verständnis von „Bürgerbeteiligung“ zu werben. Verantwortungslos wäre es dagegen, „Bürgerbeteiligung“ als Allheilmittel oder Interessendurchsetzungsinstrument zu verkaufen. Wer dies tut, verabschiedet sich aus der eigenen Verantwortung. Denn es ist bequem, allen zunächst alles zu versprechen und, sollte es damit doch nichts werden, anderen die Schuld dafür zu geben.

Meine Damen und Herren,
im Vorbericht sind viele Vorhaben genannt, die aus heutiger Sicht in Zukunft anstehen, weil sie notwendig sind und für die Entwicklung der Stadt für richtig erachtet werden. Projekte gehören aber, auch wenn sie gegebenenfalls sogar bereits beschlossen wurden, immer wieder und bis zum ersten Spatenstich auf den Prüfstand. Sie müssen stets neu vor dem Hintergrund gesamtstädtischer Interessen und Zwänge betrachtet, bewertet und priorisiert werden. Viel mehr als

bisher müssen außerdem Alternativen erwogen werden. Und es wird den Mut erfordern, Projekte zu verschieben, eventuell sogar zu streichen.

Wir werden dazu gemeinsam vieles ändern, was wir heute noch für unveränderbar halten. Wir werden es tun, weil wir wissen, dass es besser ist, noch nicht so Großes zu tun, als Großes nur gedacht zu haben.

Gemeinsam sind wir aufgerufen, alles in Frage zu stellen. Keine Vorschrift, keine Norm, keine Regel kann uns binden, wenn ihre Einhaltung das Nein für viele wichtige weitere Projekte bedeutet. Wenn wir Standards verändern müssen, um alle teilhaben lassen zu können, dann verändern wir die Standards. Wenn wir 40 Jahre lang unsere Sporthallen sieben Meter hoch gebaut haben, dann bauen wir sie jetzt halt nur noch fünf Meter hoch. Ich will Hallen haben – möglichst viele. Nicht möglichst hohe.

Meine Damen und Herren,

ich habe davon gesprochen, dass wir natürlich auch Niederlagen über das Jahr erleben. Eine schmerzhaft sind die Standortentscheidungen gegen Kiel im Zuge der Bundeswehrreform. Sie sind auch schmerzhaft, weil sie sich extrem negativ auf unseren Haushalt auswirken können. Sollte das Arsenal wirklich geschlossen werden, werden sich hunderte von gut ausgebildeten Arbeitnehmern mit ihren Familien aus Kiel fortbewegen müssen. Jedes Jahr würden über 40 Ausbildungsplätze für technische Berufe in unserer Stadt fehlen, die sowohl die jungen Menschen als auch die Unternehmen dringend benötigen. Aber neben diesen ökonomischen Auswirkungen trifft die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers uns auch in unserem Stolz.

Wir sind der Heimathafen der Deutschen Marine. Wir hatten erwartet und es auch verdient, dass man uns mitteilt, was gegen unser Arsenal spricht. Wir hatten erwartet und die Marine hat es auch verdient, dass keine Haushaltssymbolpolitik zum Nachteil der Menschen, der Marine und der Stadt betrieben wird.

Ich gehe davon aus, dass wir uns gemeinsam weiterhin und auf breiter Basis für den Verbleib aller Soldatinnen und Soldaten sowie aller zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort Kiel einsetzen werden! An der Seite all der Männer und Frauen, die Teil unserer Stadt sind und auf die wir alle sehr stolz sein können. Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Ungeachtet unseres Engagements für den Erhalt der Dienststellen müssen wir uns aber rechtzeitig für eine Zukunft nach einem möglichen Abzug oder nach einer Schließung aufstellen. Wir müssen vor allem Angebote für den Ausbildungsmarkt machen. Hier sind wir vor allem gefordert, gemeinsam mit Unternehmen und Kammern nach Lösungen zu suchen, damit Zukunft für viele Schulabsolventen nicht zur bitteren Phrase wird.

Wenn wir nicht allein die Folgen der Reform beklagen wollen, müssen wir weiterhin aktiv Alternativen überlegen und konkretisieren. Und zu Alternativen gehört auch, offensiv um Unternehmen zu werben, damit diese ihren Sitz nach Kiel verlagern oder hier Arbeitsplätze schaffen.

Meine Damen und Herren,

Wir waren nicht ohne Erfolg in der letzten Zeit bei unseren Bemühungen, Voraussetzungen für Arbeit in Kiel zu verbessern. 2010/2011 haben wir gut 1.400 Arbeitsplätze durch Umsiedlung oder Erweiterung in Kiel geschaffen oder erhalten und fast 900 durch Neuansiedlungen oder Existenzgründungen. Und das sind nur die Zahlen, an denen die KiWi beteiligt war.

In unserer Stadt wächst ein neues Einkaufszentrum, das die Altstadt wieder zu einem starken und stolzen Teil unserer Stadt machen wird. Viele andere Unternehmen schauen nach Kiel. Unser Hafen ist erfolgreich, unser Projekt Airpark Holtenau geht gut voran. Überall finden wir in Kiel stolze Mittelständler, die ökonomischen Erfolg haben. Sie entwickeln Dieselmotorräder bei Neander, sind im

Lande Spitze bei Mietbekleidung wie Familie Böge bei dbl Wulff oder Weltmarktführer bei Blutgasanalysen wie die Firma Eschweiler oder bei Kanaluntersuchungen wie die Firma IBAK. Überall unterstützt unsere Verwaltung, so gut sie kann, den Erfolg. Und sei es nur durch schnelle Genehmigungen. Bei denen sind wir ganz vorne in der Republik.

Neue Unternehmen wollen kommen. Wollen Arbeit und Wachstum schaffen. Wollen Kiel und seine Menschen stärker machen. Wie immer, wenn dafür gebaut wird, bedeutet dies auch Veränderung da, wo gebaut werden soll. Immer gilt es abzuwägen – Eingriffe in Natur und Freizeitmöglichkeiten dürfen nicht größer als unvermeidbar sein. Aber es braucht auch einen Anwalt für diejenigen, die keine Lobby haben, weil sie keine Arbeit haben.

Die notwendigen Abwägungsprozesse sind schwierig. Keine Frage. Aber nur deshalb sie nicht zu entscheiden, wäre verantwortungslos.

Ansiedlungen wie die von Möbel Kraft sind haushaltsrelevant. Es ist haushaltsrelevant, wenn Menschen, die bisher unfreiwillig von Transferleistungen leben mussten, künftig wieder eigenes Einkommen erzielen können und somit den Sozialhaushalt entlasten. Es hilft nichts, solche Vorhaben abzulehnen und gleichzeitig von Idealwelten zu träumen, in denen alle gleich viel Wohlstand haben. Träume schaffen kein Einkommen!

Und es ist haushaltsrelevant, wenn Gewerbesteuer in die Kasse kommt.

Wir mögen das durch ein Möbelhaus entstehende Verkehrsaufkommen beklagen. Und wenn am vorgesehenen Standort Kleingärten aufgegeben werden müssen, ist dies ganz sicher ein Verlust an Lebensqualität, insbesondere für die Menschen, die ihre Gärten dort bisher liebevoll gehegt und gepflegt haben.

Nur: Wie weit darf der Schutz des Status quo gehen, ohne dass wir uns damit dem Vorwurf der Verantwortungslosigkeit für die Gesamtstadt aussetzen? Bei aller – ich betone! – berechtigten Diskussion über Für und Wider von Möbel Kraft, habe ich auf diese Frage bislang keine befriedigende Antwort erhalten.

Man mag über alternative Standorte philosophieren. Was aber, wenn der Investor nur an einen Standort möchte, weil sein Unternehmen da am besten funktioniert? Darf die Verwaltung dem Investor dann einfach absagen? Dann gibt es eben keine neue Arbeit?

Nein, dies ist nicht das Plädoyer, jedem Wunsch von Investoren bedingungslos nachzugeben. Denn selbstverständlich müssen Auswirkungen und Verträglichkeit von Vorhaben stets sehr sorgfältig geprüft werden. Mein Eindruck ist jedoch, dass genau dies von Verwaltung und Selbstverwaltung mit Augenmaß getan wird. Letztlich bleibt es aber immer eine Abwägung von Interessen.

Erlauben Sie mir zu diesem Vorhaben nochmals einen kurzen Schwenk zum Stichwort „Bürgerbeteiligung“. Wie soll und kann meine Verwaltung Bürgerinnen und Bürger ernsthaft beteiligen, wenn der Investor bis dahin seine Investitionsabsichten noch gar nicht ausreichend konkretisiert hat?

Unmittelbar nachdem Möbel Kraft ernsthaft signalisiert hat am Prüner Schlag investieren zu wollen, wurde die Beteiligung eingeleitet. Ohne dieses Startsignal wäre dies weder sinnvoll noch überhaupt möglich gewesen.

Und erlauben Sie mir auch diese Anmerkung: Zu solchen Vorhaben eine andere, eventuell auch grundsätzlich ablehnende Haltung zu haben, ist legitim. Nur möge jeder und jede dann so ehrlich sein, „Nein!“ zu sagen. Unehrllich wäre es nach meinem Verständnis dagegen, ein solches „Nein!“ hinter irgendwelchen zusätzlichen „Beteiligungsschleifen“ oder Auflagen und Bedingungen für den Investor verstecken zu wollen.

Meine Damen und Herren,
meine Verwaltung wird im Interesse der Stadt weiterhin aktiv um Unternehmen werben. Arbeitsplätze und Gewerbesteuern sind und bleiben ein starkes Argument. Nicht für die ungehemmte Verdrängung von Natur, aber allemal für eine stets sachgerechte Abwägung aller Argumente.

Denn eine stolze Stadt, in der Arbeit keine Zukunft hat, kann zumindest ich mir nicht vorstellen. Deswegen werden wir überall, wo Arbeit sich zurückzieht – sei es in Holtenau, sei es auf dem Arsenalgelände – in erster Linie immer danach trachten, dort wieder Arbeit hinzubringen. Ich will, dass Kiel eine Stadt der Arbeit bleibt.

Meine Damen und Herren,
im Kampf um solide Haushalte – das wissen wir alle – gibt es keine Patentrezepte, die schnell wirken. Genauso wie der Weg in die Verschuldung lange brauchte, braucht der Weg hinaus seine Zeit. Aber wir kennen ihn. Und wir gehen ihn.

Wir gehen ihn gemeinsam, in dem wir unsere Stadt stark machen. Nur wer in seine Stadt investiert, wird gesunde Haushalte ernten. Wer sich Investitionen in unsere Zukunft erspart, der wird auch keinen Erfolg bei der Sanierung des öffentlichen Haushaltes haben. Denn es sind nicht die fleißigen Menschen, die für unsere Stadt arbeiten, die unseren Haushalt ruinieren. Es sind die, die nicht fleißig arbeiten dürfen in unserer Stadt, weil sie nicht gut genug ausgebildet sind oder weil Unternehmen wegen zu schlechter Infrastruktur gar nicht erst zu uns kommen.

Die Landesregierung hat jüngst ein Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte auf den Weg gebracht und der Landtag hat dieses Gesetz gestern beschlossen. Hilfe ist willkommen! Ebenso ist ein gemeinsames Vorgehen von Kommunen und Land richtig, weil letztlich auch ein Landeshaushalt nur dann in Ordnung gebracht werden kann, wenn die kommunalen Haushalte gesund sind.

Frau Stadtpräsidentin und ich haben in einer Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Landtages am 23. November die Positionen zu diesem Vorhaben dargestellt. Ganz unabhängig von der Frage, welche Kommune am meisten profitiert (was mir übrigens irgendwie wie der Wettbewerb um die höchsten Schulden vorkommt...), sehe ich die Gefahr, dass hier auf Umwegen, die kommunale Handlungsfreiheit – und damit meine ich auch die der Selbstverwaltung – eingeschränkt wird.

Aller unbestritten bestehenden Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung zum Trotz, ist dieses Gesetz nicht der richtigen Weg. Zumal dann nicht, wenn man den 2007 vom Land vorgenommenen Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich zumindest als eine Ursache für seitdem entstandene höhere Defizite betrachten muss.

Ich möchte an dieser Stelle nicht in die Details des Konsolidierungshilfegesetzes einsteigen. Wir setzen aber sehr darauf, dass bei den nun anstehenden Gesprächen mit dem Land auch der Gesprächspartner sich auf den Weg macht zu erkennen, dass Haushaltsprobleme nicht allein durch quantitative Maßnahmen lösbar sind.

Die Qualität der Haushalte ist ebenso wichtig. Das haben Kommunen, wie Kiel, schon lange gelernt. Die Kameralisten der Landesregierung sind da noch nicht ganz so weit.

Zu helfen, dass kommunale Haushalte nachhaltiger und qualitativ besser und nicht allein kleiner werden, das wird der entscheidende Erfolgsfaktor sein, wenn denn das neue Gesetz Erfolg haben soll.

Meine Damen und Herren,

der Nachtragshaushalt 2011 hat nicht nur in der Zusammenarbeit mit der Kommunalaufsicht einige Turbulenzen ausgelöst.

Darauf möchte ich an dieser Stelle kurz eingehen:

Zunächst ist es richtig, dass die Verschuldung der Stadt nicht isoliert bezogen auf den so genannten Kernhaushalt betrachtet wird. Selbstverständlich müssen immer auch unsere Gesellschaften, deren Kreditaufnahmen genau wie unsere gegebenen Bürgschaften in den Blick genommen werden. Dies ist nicht erst ein „doppisches Gebot“, sondern ökonomische Vernunft, zumal um unsere gesamten Risiken vollständig abzubilden.

Ich halte es allerdings für richtig und genauso ökonomisch geboten zu differenzieren, wo Investitionen wirtschaftlich sind und wo sie sich durch Gebühren oder Entgelte refinanzieren.

Insofern ist etwa die Überlegung, das neue Schwimmbad über die Bäder GmbH zu finanzieren, genauso wie bei den RBZ keine Flucht in „Schattenhaushalte“. Dahinter steckt vielmehr die Absicht, geschlossene, transparente und Haushaltsdisziplin erzwingende Finanzierungskreise abzubilden.

Nichts spricht dagegen, wenn die Kommunalaufsicht solche Überlegungen in ihre Haushaltsgenehmigung einbezieht. Vieles spricht allerdings dafür, dass es wirtschaftlich geboten sein mag neu zu bauen, anstatt baufällige Substanz aufwendig zu erhalten, ohne deshalb aber auch nur einen wirklich langfristigen Betrieb garantieren zu können.

Diskussionen darüber, ob Stadt oder Land der Buhmann ist, führen nicht weiter. Beide müssen eine gemeinsame Basis finden. Selbstverständlich, um weiter wachsender Verschuldung im möglichen Rahmen vorzubeugen. Gleichzeitig aber auch, um gemeinsame Verantwortung für mögliche und notwendige Einschränkungen zu entwickeln und zu tragen.

Meine Damen und Herren,

es allein bei der Forderung zu belassen, Bund und Land mögen helfen, wäre nicht zielführend. So wie wir im Haushaltsvollzug uns extrem konservativ und sparsam verhalten, wollen wir auch unsere Verwaltungsstrukturen Stück für Stück verbessern. Wir sind diesen Weg gemeinsam schon einige Zeit gegangen.

Mit meiner Geschäftlichen Mitteilung zur „Verwaltung 20202“, die wir intensiv das letzte Mal diskutiert haben, habe ich Ziele für unsere Verwaltung definiert, die einerseits natürlich darauf gerichtet sind, den Haushalt beim Personalaufwand zu entlasten. Andererseits aber soll die Verwaltung eine neue Struktur erhalten, die ihre Leistungsfähigkeit sichert.

Mir ist sehr bewusst, dass die Umsetzung dieser Vorstellungen alle Beteiligten, insbesondere natürlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Personalvertretungen, vor große Herausforderungen stellt. Da wir uns aber – und dies ist mein Eindruck – über die Notwendigkeit einig sind, Verwaltung neu definieren zu müssen, werden wir gemeinsam die Herausforderungen meistern.

Und mit „gemeinsam“ meine ich ausdrücklich auch Sie, meine Damen und Herren der Ratsversammlung. Sie sind gefordert darauf zu achten, ob Ihre Anträge und Beschlüsse zu ungedeckten Mehrkosten führen. Sie sind gefordert abzuwägen, ob ein Beschluss gefasst werden soll, der zu einem Thema zu Mehrkosten führt, die nur durch einen Verzicht an anderer Stelle kompensiert werden können. Sie sind gefordert zu überlegen, ob zusätzliche Aufwendungen sinnvoll sind, wenn der Erfolg anderer, in die gleiche Richtung gehender Maßnahmen, bis dahin noch gar nicht evaluiert wurde. Und der hundertste Prüfbericht führt auch nur in seltensten Fällen zu größerer Erkenntnis – aber fast immer zu nicht zielführendem Mehraufwand.

Meine Damen und Herren,

ich habe ihnen berichtet, von den Erlebnissen eines Oberbürgermeisters, die mich aufrichten, mir Mut machen, dass wir erfolgreich sein werden – auch in schweren Zeiten. Die am meisten dazu beitragen,

sind die, die nichts dafür bekommen. Und die mir an allen Ecken unserer Stadt begegnen. Die Botschafter des Stolzes unserer Stadt. Die Menschen, die ehrenamtlich für unsere Stadt arbeiten. Hier und da auch mit kleinen Summen durch unseren Haushalt geringfügig unterstützt. Aber das ist nur nebensächlich. Die wahre Währung ist das Herz dieser Menschen, die für andere in unserer Stadt da sind, ohne dass es in ihrem Pflichtenheft steht.. Sei es eine Powerfrau wie Marlis Halft von den Kieler Lions, die jedes Jahr Deutschlands größtes Entenrennen organisiert und Hilfe in unsere Stadt bringt. Seien es die helfenden Hände von Bernd Blohm oder Barbara Kotte, die mit der Kieler Tafel Hoffnung geben, oder eine Sabine Bendfeldt von den netten Kielern, die in den letzten fünf Jahren ein klasse Ehrenamtsnetzwerk in unserer Stadt aufgebaut haben. Neben vielen, vielen anderen ist es fast beschämend zu sehen, was diese Menschen für einen Einsatz erbringen. Nutzen wir den heutigen Haushaltstag auch, um all diesen Menschen Dank zu sagen.

Für diese Menschen und nicht für die Zahlen, die ich am Anfang genannt habe, machen wir Haushalte. Für die Menschen unserer Stadt, damit deren Leben ohne Sorgen und Nöte funktionieren kann. Um sie – und nicht um irgendwelche Zahlen – geht es hier heute.

Meine Damen und Herren,
drohen uns griechische Verhältnisse? Ist Deutschland vielleicht schon pleite? Die Frage beantworten zu wollen ist müßig, zumal ich glaube, dass sich die Diskussionen über „Schuldenschnitt“, „Rettungsschirm“ und „Hebelwirkungen“ längst von einem verständlichen Alltagsvokabular verabschiedet haben und die Summen, mit denen hantiert wird, jede Vorstellungskraft überfordern und zwar nicht nur die von „Otto Normalverbraucher“.

Kiel jedenfalls ist nicht pleite! Nicht ohne Grund, sind die Kommunen der Bereich unseres Staates der am sorgfältigsten mit dem öffentlichen Geld umgeht.

Wir sind eine starke Stadt. Mit solider Basis und guten Chancen. Mit starken Bürgerinnen und Bürgern, starker Bildung von der Krippe bis zur besten Uni des Nordens, mit starken kleinen und größeren Unternehmen und einem stabilen sozialen Frieden.

Wir haben ganz sicher Herausforderungen zu bewältigen. Herausforderungen, die uns viel abverlangen. Aber wir können es schaffen. Wenn alle mithelfen.

So wie unsere stolzen Kieler Sportmannschaften – wie gestern unser THW – es durch ihren Teamgeist möglich machen, fast unglaubliches zu leisten, so müssen auch wir uns darauf besinnen, dass wir es gemeinsam viel besser schaffen, als wenn wir den Menschen unserer Stadt hier im Rat einen aufgeregten Zirkus politischer Eitelkeiten präsentieren.

Wir legen ihnen heute den Haushaltsentwurf für 2012 vor. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir darüber intensiv und gerne auch kontrovers diskutieren.

Wenn wir bei den Kielerinnen und Kieler ernsthaft für mehr Interesse an der Kommunalpolitik werben wollen, dann werden wir damit aber nur Erfolg haben, wenn wir Zukunft erkämpfen, uns gegenseitig aber nicht bekämpfen wollen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!